

Intellektuelle und Gewerkschaften in der Bundesrepublik (1945 -1989)

Prof. Dr. Andrei S. Markovits, geb. 1948 in Timisoara/Rumänien, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Columbia University in New York. Er lehrt am Department of Political Science der Boston University und am Center for European Studies der Harvard University in Cambridge/Mass. Andreas Hess, geb. 1959 in Gelsenkirchen, Studium der Sozialwissenschaften in Duisburg und an der University of Western Ontario (Kanada), arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über „Die soziologische Theorie C. Wright Mills“.

Dieser Aufsatz will einen Überblick über die Beziehungen zwischen Intellektuellen und dem organisierten Teil der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland geben. Dabei geht es weniger um *die* Geschichte der Intellektuellen noch um *die* Geschichte der Gewerkschaften, sondern vielmehr um das *Verhältnis* zwischen beiden.

Die einzelnen Abschnitte beschreiben in groben Zügen jeweils ein Jahrzehnt der nun 42jährigen Geschichte Westdeutschlands. Auch die kritischen Übergangsphasen im Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeiterbewegung werden zur Sprache kommen. Von Bedeutung sind dabei nach unserer Einschätzung besonders die Ereignisse und Veränderungen, die mit der Metapher „1968“ am zutreffendsten auf den Begriff gebracht sind.

Von der Entstehung der Bundesrepublik nach Godesberg

Intellektuelle und Arbeiterbewegung litten unter dem Trauma des Nationalsozialismus: Beide wollten einen neuen Anfang, der zu einer grundlegend anderen Gesellschaftsordnung führen sollte. Beide hielten eine völlige Neuordnung nicht nur für die einzig richtige Strategie, sondern nach dem

Krieg und dem Schrecken des Holocaust für eine moralische Verpflichtung. Ende der vierziger Jahre zeigte sich jedoch bereits, daß das post-faschistische Regime, das sich nun etablierte, kaum mit den Vorstellungen übereinstimmte, die die Intellektuellen und die Arbeiterführer jenseits von Leninismus und traditioneller Sozialdemokratie hatten verwirklichen wollen. Im Zeichen des Kalten Krieges kam es nach der Berliner Blockade erst zur Währungsreform und schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die wiederum die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nach sich zog.

Es ist kaum übertrieben, die allgemeine Stimmung und den Zeitgeist der fünfziger Jahre als feindselig sowohl gegenüber den Intellektuellen als auch gegenüber der Arbeiterbewegung zu charakterisieren. Es war dies keine Zeit, in der ausgeprägte intellektuelle Haltungen politisch gefragt waren. Hinzu kam, daß das Verhältnis der deutschen Intellektuellen zum Nationalsozialismus keineswegs einheitlich und untadelig gewesen war. Die organisierte Arbeiterbewegung konnte immerhin - anders als die Arbeiterklasse - mit Recht für sich beanspruchen, die vielleicht einzige bedeutende Opposition gegen die Nationalsozialisten gewesen zu sein, doch war ihre Haltung in den fünfziger Jahren eher auf Integration und Konsens (Ordnungsfaktor), als auf Herausforderung und Kampfbereitschaft (Gegenmacht) gerichtet.

Die Position der Arbeiterbewegung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wurde in den ersten zehn Jahren nach Entstehung der Bundesrepublik allmählich schwächer. Die SPD erlitt drei schmachvolle Niederlagen, die die politische Hegemonie der CDU zementierten. Die progressive Stoßkraft, die die Arbeiterbewegung bei der Durchsetzung sozialer Reformen entwickelte, wurde weitgehend durch das konservative Konzept der sozialen Marktwirtschaft neutralisiert: Die Freiheit des Kapitals im Akkumulationsprozeß blieb so lange unangetastet, wie ein gut verwaltetes und ausgebautes soziales Netz die Verlierer dieses Prozesses auffing. Der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Wirtschaft, ihre großen Pläne und Hoffnungen, die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit darauf richteten, als gleichwertiger Partner zum Kapital bei der Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland eine wichtige Rolle zu spielen, lagen mehr oder weniger in Scherben oder waren günstigstenfalls auf ein relativ dürftiges Mitbestimmungskonzept in der Stahlindustrie und in dem bereits niedergehenden Bergbau beschränkt.

Die genannten Faktoren trugen dazu bei, daß sich die Arbeiterbewegung allmählich an den Status Quo zu gewöhnen begann: Keynes trat an die Stelle von Marx, ein Zeichen dafür, daß nun der Kapitalismus in der Arbeiterbewegung voll und ganz akzeptiert war, und das nicht „nur“ im täglichen Verhalten, sondern auch in der offiziellen Ideologie. Die Tarifpolitik war der einzige Bereich, in dem die Arbeiterbewegung - angeführt von der IG Metall als größter und „linker“ Gewerkschaft - einige Siege erringen konnte. Die Gewerkschaften verließen sich zunehmend „auf ihre eigene Kraft“ und richteten ihre Erwartungen und reformistischen Energien auf Lohnerhöhungen und andere sozialpolitische Verbesserungen, die tarifpolitisch durchsetzbar

waren. Etwa zeitgleich läßt sich ein Wandel bei der Sozialdemokratie ausmachen: Die SPD konnte und wollte nicht mehr *nur* die Partei der Arbeiterklasse sein und schlug den Weg zur Volkspartei ein. Und noch ein drittes politisch bedeutsames Ereignis ist in diesem Kontext zu nennen: die Anerkennung der Integration der Bundesrepublik in die westliche Allianz, vornehmlich der NATO.

Obgleich der Zeitgeist den Intellektuellen keineswegs eine herausragende Rolle in der Arbeiterbewegung zuwies, wäre es dennoch falsch, diese beiden Milieus als völlig getrennt voneinander zu sehen. Es waren die großen Themen wie Frieden, Abrüstung, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und die Rolle der Bundesrepublik in Europa und in der Welt, die die Intellektuellen und die Arbeiterbewegung, wenn auch nur für kurze Zeit, miteinander verbanden. In diesem Zusammenhang muß auch die von der SPD initiierte „Paulskirchen-Bewegung für die Einheit Deutschlands und gegen Wiederaufrüstung“ erwähnt werden, ein lockeres, doch sehr aktives Bündnis verschiedener außerparlamentarischer Gruppierungen und Gewerkschaften, das sich im Frühjahr 1955 gebildet hatte. Intellektuelle und Gewerkschaften opponierten gemeinsam gegen die „Westpolitik“ Konrad Adenauers, die die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und den Aufbau der Bundeswehr einschloß. Sie strebten vielmehr ein vereinigtes, aber neutrales Deutschland an. Diese Koalition zwischen Arbeiterbewegung und Intellektuellen erhielt einen erneuten Aufschwung, als in den Jahren 1957-58 die Frage auftauchte, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte. Diese heftig umstrittene Frage führte zu den Ostermärschen gegen nukleare Aufrüstung, an der sich vor allem Intellektuelle und die Linke der Arbeiterbewegung beteiligten. Was jedoch das Bündnis zwischen Intellektuellen und Arbeiterbewegung gravierend erschwerte, war der ungehindert um sich greifende Antikommunismus, der zur wichtigsten und vielleicht einzigen Legitimationsbasis im politischen Diskurs der Bundesrepublik geworden war. Denn wodurch definierte sich die damalige westdeutsche Identität, wenn nicht durch die schnelle Akkumulation von Wohlstand durch das „Wirtschaftswunder“ und durch seine Opposition gegen den Kommunismus? Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei durch das Bundesverfassungsgericht 1956 wurde offenbar, daß für die Bundesrepublik der fünfziger Jahre das antikommunistische Credo sogar noch bedeutsamer wurde als etwa für die Vereinigten Staaten.

Dieser Antikommunismus war auch eine der Ursachen für das schwere - und teilweise dauerhafte - Zerwürfnis zwischen den Intellektuellen und den Gewerkschaften. Insbesondere sozialpartnerschaftliche Gewerkschaften (wie zum Beispiel die der Bauarbeiter und der Bergleute) verfolgten einen heftigen Antikommunismus, der bis zum Ausschluß von Kommunisten führte. Bei den Bauarbeitern wurde ganzen Verwaltungsstellen die Existenz entzogen, weil sie in Verdacht gerieten, kommunistisch beeinflußt zu sein. Doch auch die „konflikthafte“ Gewerkschaften, wie die der Metallarbeiter und Drucker, entwickelten Mitte der fünfziger Jahre einen aggressiven Antikommunismus,

der schnell zu Verdächtigungen führte. Es soll hier der Hinweis genügen, daß führende Intellektuelle der Arbeiterbewegung, wie beispielsweise Victor Agartz, im Verlauf der fünfziger Jahre innerhalb der Gewerkschaften systematisch marginalisiert und ausgeschlossen wurden. Kurz: Die westdeutsche Arbeiterbewegung der fünfziger Jahre war für Linksintellektuelle zweifellos ein sehr ungastlicher Ort - und so sollte es bis in die siebziger Jahre bleiben.

Von Godesberg zur APO und den Septemberstreiks

Wenn sich zu Beginn der sechziger Jahre Intellektuelle und Arbeiterbewegung im materiellen Wohlstand und im kulturellen Biedermeier, das für die Bundesrepublik der fünfziger Jahre typisch war, eingerichtet hatten, so ergab sich gegen Ende der sechziger Jahre schließlich doch ein völlig anderes Bild: Die Gewerkschaften konnten nun mit einem nie dagewesenen und danach nie wieder erreichten Erfolg die ersten wilden Streiks seit dem Entstehen der Bundesrepublik organisieren und damit ebenso einmalige Lohnerhöhungen und Reformen erreichen. Für die Intellektuellen endete das Jahrzehnt mit einem fundamentalen Wandel ihrer Lebensbedingungen und ihrer Rolle in der Bundesrepublik, den sie selbst durchsetzten und der zugleich die ganze Republik verändern sollte.

Erste Anzeichen für eine neue Haltung zum Wohlstand und zu der Selbstzufriedenheit, die für die Bundesrepublik bis in die sechziger Jahre charakteristisch waren, zeigten sich in den heftigen Debatten über die sogenannten Notstandsgesetze. Die Notstandsgesetze bestanden aus einer Gesetzesreform und einigen Zusätzen zur Verfassung, mit der die Staatsmacht bei schweren inneren Unruhen mehr Befugnisse erhalten sollte. Diese Vorstöße zur Verfassungsänderung gingen von den beiden Parteien CDU und FDP aus. Die Entwürfe zur Verfassungsänderung wurden dem Bundestag in den Jahren 1960 und 1962 vorgelegt. Die sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschafter und die Rechte der SPD sahen darin eine Möglichkeit, durch Zustimmung zu den nur mit der SPD möglichen Verfassungsänderungen das neue Image der Sozialdemokratischen Partei als Volkspartei zu stärken und gleichzeitig damit einige der weitestgehenden Exekutiv-Vollmachten in den Notstandsentswürfen zu entschärfen. So wurden zu dieser Zeit die Notstandsgesetze von der SPD zumindest im allgemeinen, wenn auch nicht im einzelnen, befürwortet. Die Notstandsgesetze spalteten auch die Gewerkschaften. Sie wurden von der IG Metall und den „konfliktorischen“ Linken heftig bekämpft und von der Gewerkschaft der Bauarbeiter und dem sozialpartnerschaftlichen Lager ebenso wie von der SPD im großen und ganzen akzeptiert. Der DGB versuchte verzweifelt, einen Kompromiß zwischen beiden Positionen herbeizuführen.

Praktisch alle Intellektuellen, die sich als Linke verstanden, opponierten vehement gegen die Notstandsgesetze. Durch die zweideutige Haltung der SPD und des sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsflügels wuchs das Unbehagen, das viele Linksintellektuelle ohnehin schon gegen SPD und Gewerkschaften entwickelt hatten.

Bereits mit dem Ausschluß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aus der SPD war eine der Grundlagen für das geschaffen worden, was sich Ende der sechziger Jahre als Außerparlamentarische Opposition herauskristallisieren sollte. Daß die Neue Linke so groß werden konnte, verdankt sie aber nicht nur dem radikalen Teil der Studenten, sondern einer breit organisierten Opposition der Intellektuellen gegen die Notstandsgesetze. Teile dieser Opposition formierten sich zusammen mit einem Segment der Gewerkschaften, so zum Beispiel bei einer Demonstration, die sich „Demokratie vor dem Notstand“ nannte. Mehr als 20 000 Teilnehmer aus Universitäten, der Kunst und den Gewerkschaften nahmen an diesem „Kongreß“ teil, der eine ähnliche Rolle spielte wie die „Paulskirchenbewegung“ anläßlich der Remilitarisierungskampagne in den fünfziger Jahren.

Der Widerstand und der Protest der Arbeiterbewegung gegen die Notstandsgesetze blieben jedoch weitgehend verbal und programmatisch. Als der Bundestag im Frühjahr 1967 mit Unterstützung der SPD-Abgeordneten eine abgemilderte Version der Notstandsgesetze beschloß, nahmen selbst die „konfliktorischen“ Gewerkschaften von ernsthafteren Aktionen Abstand. Allein der intellektuelle Kern der Notstandsopposition traf sich zu einem Protestmarsch in Bonn.

Mitte der sechziger Jahre hatte die Arbeiterbewegung allerdings andere Sorgen, als die Bevölkerung vor hypothetischen Übergriffen durch den Staat zu schützen, denn sie war 1966 zum ersten Mal in der Geschichte der Republik mit einer ernsthaften konjunkturellen Rezession konfrontiert. Das führte sie nun nicht etwa zu größerer Systemopposition, sondern zu weiterer Integration. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik kam es zu einem Bündnis mit der Regierung, die SPD wurde schließlich in der sogenannten Großen Koalition zum Juniorpartner der Christdemokraten. Die integrative Politik, die die Arbeiterbewegung an diesem kritischen Punkt der westdeutschen Geschichte einschlug, wirkte sich auf das Verhältnis zu den Intellektuellen auf widersprüchliche Weise aus: Zum einen wurde damit ein Prozeß eingeleitet, der einigen Intellektuellen erhebliche Machtpositionen in der Regierung und den Schlüsselbürokratien einräumte. Indem sie zur Staatsmacht wurde, konnte die Arbeiterbewegung einige Intellektuelle mit wichtigen Jobs versorgen und tat dies auch. Es entwickelte sich im Laufe der Zeit so etwas wie ein symbiotisches Mäzenatentum zwischen Arbeiterbewegung und Teilen der Intellektuellen. Der „Marsch durch die Institutionen“ hatte begonnen.

Auf der anderen Seite förderte die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung nun Teil der Machtstruktur und des Establishments geworden war, den latenten Argwohn der Intellektuellen über die Ernsthaftigkeit ihres Engagements für sozialen Wandel, ökonomische Gerechtigkeit und politische Reformen. Für viele Linksintellektuelle in Deutschland begann nun die schmerzhafteste Suche nach einem alternativen Subjekt für progressiven Wandel. Viele kehrten dabei der europäischen Arbeiterklasse den Rücken und wandten sich stattdessen den unterschiedlichen Befreiungsbewegungen

der Dritten Welt zu. Diejenigen, die noch immer auf sozialistische Reformen in Westeuropa hofften, orientierten sich an der Arbeiterbewegung in Italien und zu einem geringeren Grad in Frankreich. Nicht einmal die spontanen Septemberstreiks vermochten die Desillusionierung über die deutsche Arbeiterbewegung aufzufangen. Anders als ihre italienischen Kollegen schienen die deutschen Arbeiter keinerlei Interesse an einer Änderung der Eigentumsverhältnisse und der Abschaffung des Kapitalismus aufzubringen. Die Streiks blieben rein materiell orientiert und zielten in einer unerwartet prosperierenden Wirtschaft allein auf angemessene Lohnsteigerungen. Die Streikenden selbst machten zudem bei vielen Gelegenheiten deutlich, daß sie mit den linken Studenten und den APO-Intellektuellen nichts gemein haben wollten. So waren am Ende des Jahrzehnts zwar sowohl Intellektuelle als auch Arbeiter weitaus mehr mobilisiert, doch es trennte sie auch bei weitem mehr als noch im Jahr 1960. Dies war größtenteils eine Folge der enormen Veränderungen, die „1968“ für die intellektuelle Existenz in der Bundesrepublik in all ihren Facetten brachte.

Die zentrale Bedeutung von „68“

„1968“ hat die Demokratisierung in Westdeutschland weit mehr als jedes andere Ereignis davor oder danach vorangetrieben. „68“ war der Auslöser für weitreichende Reformen „von oben“, die - obwohl sie später von den Sozialdemokraten in ihrer stabilitätsorientierten Phase wieder zurückgenommen wurden - zu substantiellen Strukturveränderungen führten, beispielsweise im Bildungssystem oder im Rechtswesen, um nur zwei traditionelle Bastionen des deutschen Konservatismus zu nennen. Noch wichtiger ist, daß „68“ die Geburtsstunde für viele Bewegungen „von unten“ war, die sämtliche Aspekte des privaten und öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik der vergangenen zwanzig Jahre veränderten. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte Deutschlands war nicht der Staat, sondern die zivile Gesellschaft Gegenstand der deutschen Politik. Nicht der Autorität der Institutionen, sondern der Autonomie des Individuums, nicht der Unantastbarkeit der Ordnung, sondern dem Primat des Dissens wurde nun das Wort geredet. Kurz: „68“ ist als entscheidend für die nachzuholende Liberalisierung und Demokratisierung der Bundesrepublik anzusehen. Diese Feststellung soll jedoch nicht bedeuten, daß „68“ nicht auch viele unliebsame Entwicklungen hervorbrachte, sowohl für die Gesellschaft selbst als auch für einige ihrer Protagonisten. Es wäre auch falsch zu behaupten, die Konsequenzen seien so weitreichend gewesen, daß die Demokratie in der Bundesrepublik nun über jeden Vorwurf erhaben und auf Dauer gesichert sei - hinzuweisen ist hier nur auf den Herbst 1977 und die Staatsschutz- und Terrorismusdebatte.

„68“ markiert einen kritischen Übergangspunkt in der Beziehung nicht nur zwischen Intelligenz und Arbeiterbewegung, sondern in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft. In diesem Sinne waren die Ereignisse folgenreicher für die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik als zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, Italien oder Frankreich. Die besondere Bedeutung

ergibt sich aus der jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere dem Holocaust und seinen Auswirkungen auf die Entwicklung von Politik und Identität in einer stabilen, aber dennoch anfälligen Demokratie.

„68“ änderte also das Verhältnis zwischen Intellektuellen und der Arbeiterbewegung von Grund auf. Ihre Beziehung erhielt neues Leben, wurde kontroverser, zugespitzter, antagonistischer und damit auch realistischer. Es veränderten sich die im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre langweilig und formalistisch gewordenen Beziehungen in widersprüchliche, kontroverse, ja feindselige, gleichzeitig symbiotische und kollaborative.

Die siebziger Jahre: Auf der Suche nach einer neuen Politik

Nicht nur Studenten und Intellektuelle entzündeten sich an „1968“, sondern auch die etablierten Gewerkschaften. Sie waren es, die - teils als Reaktion auf die Herausforderung durch außerparlamentarische Intellektuelle, teils bereits als Folge der wachsenden Zahl von Ex-68ern in ihren eigenen Reihen - zu dem beitrugen, was heute die „Reformeuphorie“ der frühen siebziger Jahre genannt wird. Es muß in diesem Kontext auch auf die veränderte internationale Lage - Stichwort „Ostpolitik“ und „Entspannung“ - und deren Auswirkungen auf die binnengesellschaftlichen Verhältnissen hingewiesen werden: Der Antikommunismus, der das gesellschaftspolitische Klima in den fünfziger und sechziger Jahre in der Bundesrepublik entscheidend mitgeprägt hatte, wurde zurückgedrängt. In den siebziger und achtziger Jahren kann man sogar von einem Anti-Antikommunismus als Identitätskrücke der westdeutschen Linken sprechen. Ganz anders als bei den französischen und italienischen Linken führte dies zu einer rechtfertigenden und unkritischen Haltung gegenüber den kommunistischen Regimes Osteuropas.

In den siebziger Jahren war die Etablierung der Neuen Linken sowohl für die Sozialdemokratie als auch für die Gewerkschaften von hoher Attraktivität, gleichzeitig aber auch eine ungeheure Bedrohung. Das erklärt auch die zweigleisige Reaktion: einerseits so viele Mitstreiter wie möglich zu gewinnen, indem man ihnen eine berufliche Existenz innerhalb der Organisationen anbot (der „Marsch durch die Institutionen“) und andererseits sie mit Haut und Haar zu bekämpfen, indem man sie als Abweichler, Abenteurer, Anarchisten und Chaoten diskreditierte und ihnen den Zugang zu den Organisationen durch Berufsverbote, durch restriktive Regelungen und Satzungen verwehrte.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die Veränderungen innerhalb der westdeutschen Linken: In den frühen siebziger Jahren wandte sich ein großer Teil der früher undogmatischen Neuen Linken einer orthodoxen und „ouvrieristisch“ geprägten Subkultur zu: den sogenannten „K-Gruppen“ leninistischer Prägung. Für diese politische Richtung galten die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften - im deutlichen Unterschied zu den als hoffnungslos reformistisch und bourgeoise angesehenen Parteien - als Subjekte potentiellen revolutionären Wandels. Die K-Gruppen sahen ihre Chance zunächst in den Unruhen innerhalb der Arbeiterbewegung im Jahr 1971.

Im Gegensatz zu den Septemberstreiks von 1969, die fast ausschließlich von den männlichen, qualifizierten Industriearbeitern, dem „Kern“ der Arbeiterschaft, getragen wurden, waren die wilden Streiks von 1971-73 Sache der ungelerten, hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich weiblichen „Peripherie“, der marginalisierten ausländischen Arbeitnehmerinnen. Bedroht von den Ereignissen, sprachen sich die Gewerkschaften entweder offen gegen diese Streiks aus, oder sie versuchten, diese Bewegungen in ihre eigenen Arbeitskampfmaßnahmen zu integrieren. Mit den erneut radikalisierten Nach-68ern, die diese Streiks voll unterstützten - aus linker Sicht handelte es sich hier schließlich um eine Idealbesetzung: Dritte Welt, weiblich *und* proletarisch - wurde die Kluft zwischen den traditionellen Repräsentanten der Arbeiterbewegung und diesen Intellektuellen immer unüberbrückbarer.

Je mehr die Intellektuellen sich für die Sache der Arbeiter engagierten, umso feindseliger wurde ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Für viele radikale Intellektuelle waren Gewerkschaften und SPD „Arbeiterverräter“. Nach ihrer Vorstellung hätte die deutsche Arbeiterschaft sich einfach von ihren Gewerkschaften und ihrer Partei lossagen müssen, um ihr volles politisches und menschliches Potential ausschöpfen zu können. Häufig wurden beide Organisationen mit ihren italienischen und französischen Protagonisten verglichen, die - im Gegensatz zu den deutschen - den Radikalismus unterstützten.

Exkurs: Die Verwissenschaftlichung der Kritik

Die Enttäuschung vieler Intellektueller über die institutionellen Repräsentanten der Arbeiterbewegung und ihr damit einhergehendes Engagement für die Arbeiter und die Arbeiterbewegung eröffnete ein neues Feld in Lehre und Forschung. Es wäre kaum übertrieben, die Geburtsstunde des heute bestehenden, beeindruckenden Forschungsapparates in der Industriosozologie, der Gewerkschaftspolitik und der Arbeitsmarkt-Forschung an diesem Zeitpunkt anzusiedeln. Aus einer Verquickung von gewerkschaftskritischen, anti-sozialdemokratischen, aber arbeiterfreundlichen Standpunkten entstand die erste ernsthafte Untersuchung über die Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, die von den Autoren Joachim Bergmann, Otto Jacobi und Walther Müller-Jentsch veröffentlicht wurde. Die beiden letztgenannten begannen mit anderen Wissenschaftlern des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt und mit Intellektuellen aus anderen Städten der Bundesrepublik das „Kritische Gewerkschaftsjahrbuch“ zu veröffentlichen. Die Studien, die in diesem Kontext entstanden, waren kritisch gegenüber den Gewerkschaften, aber zugleich engagiert für die Arbeiterbewegung. Das Schicksal dieser Jahrbücher zeigt deutlich, in welche Richtung sich die Beziehungen dieser Intellektuellen zu den institutionellen Repräsentanten der Arbeiterbewegung schließlich entwickelten: War den Gewerkschaften der Umkreis der Herausgeber in den siebziger Jahren noch suspekt, so kam es Anfang der achtziger Jahre zu einer Annäherung. Bald darauf hatte sich das Bild sogar umgekehrt: Die vorher verfemten Herausgeber und Autoren der Jahrbücher konnten nun

sogar in den offiziellen Publikationsorganen der Gewerkschaft veröffentlichten, während das „Kritische Gewerkschaftsjahrbuch“ einging. Dieser Vorgang symbolisiert zwei parallel verlaufende Entwicklungen: Die völlige Integration einer einst antinomischen Sichtweise der Politik der Arbeiterbewegung in den gewerkschaftlichen „Mainstream“ einerseits; und das wachsende Desinteresse an der Arbeiterbewegung bei vielen, die zuvor das Rückgrat der „kritischen“ Intellektuellen darstellten, andererseits.

Es wäre unfair wie auch ungenau, wenn man lediglich die Beiträge des Instituts für Sozialforschung zur Politik der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik erwähnte. Andere, die als Erbe der 68er-Bewegung bedeutende wissenschaftliche Beiträge zur Arbeiterbewegung und zu den Gewerkschaften leisteten, sind das Institut für vergleichende Sozialforschung des Wissenschaftszentrums in Berlin, das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung in München und das SOFI in Göttingen. Auch Einzelpersonen wie Oskar Negt, Claus Offe und der von Frankreich aus immer wieder intervenierende Andre Gorz sind hier zu nennen. Wie dieser linke Flügel der Intellektuellen im Verlauf der siebziger Jahre immer stärker an Akzeptanz gewann, zeigte sich auch darin, daß Ende des Jahrzehnts die Gewerkschaften selbst, hauptsächlich durch die Arbeit der Hans-Böckler-Stiftung, Forschung betrieben und Fragen nachgingen, die zuvor ausschließliche Domäne dieser Forschungszentren und damit der gewerkschaftskritischen, aber arbeiterfreundlichen Linksintellektuellen waren.

Zu erwähnen wären weiterhin jene Intellektuellen, die ihren Radikalismus und ihre Opposition zum westdeutschen Kapitalismus dadurch zum Ausdruck brachten, indem sie zu kritiklosen Befürwortern der Gewerkschaftslineie wurden. Stark beeinflußt von Wolfgang Abendroth, konzentrierte sich dieser Flügel hauptsächlich an der Universität Marburg und der wirtschaftspolitischen Fakultät der Universität Bremen, war jedoch überall in der Bundesrepublik vertreten. Dieser Teil der Intellektuellen sah die Gewerkschaften - insbesondere die IG Metall - als Speerspitze der progressiven Kräfte in der Bundesrepublik. Einer der wichtigsten Beiträge, die diese Gruppe im intellektuellen Diskurs in den siebziger Jahren geleistet hatte, war das jährlich erscheinende „Memorandum“. Zudem lösten einige ihrer Exponenten die kontrovers geführte Debatte um die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus.

Die achtziger Jahre: Eine Dekade gemischter Ergebnisse

Das Jahrzehnt begann mit dem Einzug einer neuen Partei in die Parlamente, was die politische Szene der Bundesrepublik dauerhaft verändern sollte. Das Erscheinen der Grünen symbolisierte vor allem die Stärke der Neuen Sozialen Bewegungen. Die Partei zog als deren wichtigste Repräsentantin auch Intellektuelle an, die ihre politischen Überzeugungen in Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht mehr angemessen vertreten konnten. Als zentrale Konflikte seien hier nur die Diskussion um die Kernenergie und die Fragen um den „Sicherheitsstaat“ genannt. Daß die Grünen sich immer mehr

etablierten, machte das Leben für die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten nicht leichter. Die Grünen befanden sich bei Wahlen in unmittelbarer Konkurrenz zur SPD, aber das eigentlich Neue war, daß die Grünen vielmehr als die SPD die öffentliche Diskussion bestimmten.

Wenn schon die Beziehung von SPD und Grünen - trotz einiger guter Momente - insgesamt schwierig war, so läßt sich das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Grünen nur als ausgesprochen frostig bezeichnen. Den Grünen in jeder Hinsicht feindlich gesonnen, betrachteten die Gewerkschaften ihre Existenz als eine unerwünschte und schädliche Konkurrenz für die SPD im besonderen und für die Sache der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Aus Gründen der Fairness muß erwähnt werden, daß die Antipathie der Gewerkschaften gegen die Grünen von diesen nicht minder heftig beantwortet wurde. Allein die „plakaf“-Gruppe versuchte hier zu vermitteln. Erst 1986, als ein führender Gewerkschafter der IG Metall einen Parteitag der Grünen besuchte und dort auch zu den Delegierten sprach, zeigten sich erste Anzeichen der Entspannung. Während der sozialpartnerschaftliche Flügel seine anfängliche Aversion gegen die Grünen bis auf den heutigen Tag beibehalten hat, verbesserten sich die Beziehungen zu den mehr „konfliktorischen“ Gewerkschaften in den letzten Jahren erheblich, auf persönlicher, nicht-offizieller Ebene vielleicht stärker als auf einer institutionellen und öffentlichen.

Nicht gerade vorteilhafter für die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften wurde die Situation durch den Rücktritt der SPD aus der Regierung 1982 und durch die beiden entscheidenden Wahlniederlagen der Partei in den Jahren 1983 und 1987. Zwar war es nie die Absicht der CDU-Regierung unter Kohl, die westdeutsche Wirtschaft im Sinne eines Thatcherismus umzumodellieren, doch war von Anfang an klar, daß die Arbeiterbewegung bei den neuen Entscheidungsträgern nicht gerade hoch im Kurs stand. Weder dieser Umstand noch die peinlichen Niederlagen in den ehemaligen Hochburgen der Sozialdemokratie Hessen und Berlin stellten aber eine Gefahr dar. Vielmehr war es der Zeitgeist selbst, der gegen sie sprach. So gab es ausgedehnte Debatten darüber, ob die Sozialdemokratie und vor allem auch die Gewerkschaften mit ihrem eingeschriebenen Konservatismus und ihrem Mangel an Flexibilität geschichtlich ausgedient hätten. Es breitete sich zudem ein allgemeiner Vertrauensverlust in die Fähigkeit der Institutionen der Arbeiterbewegung aus, eine neue Solidarität aufzubauen und/oder die alte wiederherzustellen. Strukturen, die den größten Teil des Jahrhunderts als selbstverständlich galten, wurden nun plötzlich, immer mehr und immer offener innerhalb der Arbeiterbewegung selbst in Frage gestellt. Nur vor diesem Hintergrund ist die Schärfe und die Bigotterie zu verstehen, mit der die Konfrontation zwischen Oskar Lafontaine einerseits und den Gewerkschaften andererseits - angeführt von einer seltenen Allianz von IG Metall und IG Chemie - Ende der achtziger Jahre geführt wurde. Kontroversen zwischen Partei und Gewerkschaften sind so alt wie die Arbeiterbewegung selbst, doch

diese beleuchtete besonders die fundamental unterschiedlichen - und sich gegenseitig ausschließenden - Auffassungen über Solidarität und Normen, die sich in der Arbeiterbewegung im Verlauf der achtziger Jahre entwickelt hatten. Ein großer Teil der Partei, die dem Mandat ihrer buntgemischten Klientel und dem Druck zur Erschließung neuer Wählerschichten folgte, sah in der flexibleren Gestaltung zwischen Arbeit und Freizeit in einer zunehmend postindustriellen Welt einen Fortschritt. Für die Gewerkschaften, für die der Begriff „Besitzstandssicherung“ schon immer fast religiös besetzt war, grenzte dies an Blasphemie; für sie hatte sich der Begriff der „Flexibilität“ im Lauf der achtziger Jahre in ein Schimpfwort verwandelt.

Doch auch die großen Kämpfe, die die Gewerkschaften in den achtziger Jahren auszufechten hatten und aus denen sie relativ gestärkt hervorgingen, müssen hier erwähnt werden. Der erste betrifft die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Nach dem relativ erfolglosen Arbeitskampf der Stahlarbeiter 1978/79, begann die IG Metall im Frühjahr 1984 eine heftig diskutierte Kampagne für die 35-Stunden-Woche, die zu einem siebenwöchigen Arbeitskampf führte. Dieser Streik war für die IG Metall und ihre Verbündeten eine äußerst kostspielige und politisch riskante Aktion, aus der sie siegreich hervorging. Sieg bedeutete in diesem Fall nicht nur die Durchbrechung des Tabus der 40-Stunden-Woche; Sieg bedeutete vor allem die breite und dauerhafte Befestigung und Erneuerung gewerkschaftlicher Solidarität mit einem breiten Spektrum der Arbeiter überall im Land und in den unterschiedlichen Sektoren. Zu einer Zeit, als andere Gewerkschaften der industrialisierten Welt schlimme Niederlagen hinnehmen mußten, war das keine geringe Leistung. Daß sich die konservative Regierung dann 1985 entschloß, eine Passage des Arbeitsförderungsgesetzes abzuändern, und damit eine beeindruckende politische Mobilisierung der Gewerkschaften im Frühling 1986 auslöste, ist nicht zuletzt als Reaktion auf diesen erfolgreichen Streik anzusehen. Die IG Metall sah in der Maßnahme der Regierung ein kaum verschleiertes Antistreikgesetz, das eindeutig darauf abzielte, künftige Arbeitskämpfe zu erschweren. Trotz heftiger Proteste wurde die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes durchgesetzt. Doch die IG Metall trug den moralischen Sieg davon, denn ihr gelang es, über das eigene Spektrum hinaus in weiten Teilen der Gesellschaft Verständnis und Sympathie für ihre Protestaktionen zu gewinnen.

Auch für die Intellektuellen erwiesen sich die achtziger Jahre als ein sehr verwirrendes Jahrzehnt. Jürgen Habermas sprach nicht zufällig von der „neuen Unübersichtlichkeit“. Das Thema Arbeiterbewegung verlor für deutsche Intellektuelle an Bedeutung. Zwar noch immer Forschungsobjekt und auch von nicht wenigen Intellektuellen unterstützt, hörte sie auf, die Phantasie der Intellektuellen anzuregen. Während einige, die sich noch in den Siebzigern für die Arbeiterbewegung engagiert hatten, sich nun mehr der Casinkultur und der Oper widmeten, entdeckten andere, die früher den radikalen Arbeiterstandpunkt italienischer Herkunft vertreten hatten, den Individualismus und die Flexibilität - nicht ohne dafür von den Gewerkschaften gerügt

zu werden. Für andere Linke indes scheint die „neue Unübersichtlichkeit“ insbesondere nach den Ereignissen von 1989 einen solchen Leidensdruck erzeugt zu haben, daß man sich nicht des Eindrucks erwehren kann, daß die Beschwörung des „Sieges des Kapitalismus“ einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung gleichkommt.

Statt eines Schlußwortes: Einige spekulative Thesen

Es kann keine endgültigen Antworten auf die Fragen geben, die die Vergangenheit - wie sie hier kurz skizziert worden ist - an uns richtet. Deshalb im folgenden nur einige vorsichtig formulierte Thesen:

1. Die besondere Geschichte Nachkriegsdeutschlands und seine speziellen Identitätsprobleme schufen zusätzliche Komplikationen für die bereits komplexen Beziehungen zwischen der Arbeiterbewegung und den Intellektuellen. In diesem Zusammenhang muß die wichtige Rolle gesehen werden, die der Antikommunismus und Anti-Antikommunismus in der politischen Formierung der westdeutschen Linken spielte. Nirgendwo sonst in Westeuropa wurde der Kommunismus als Medium der Diffamierung so eingesetzt wie in den ersten zwanzig Jahren der Bundesrepublik. Und nirgendwo sonst wurde die Kritik am Kommunismus in seiner hegemonischen Inkarnation in Osteuropa und der Sowjetunion in den Jahren zwischen 1970 und 1980 zu einem solchen Tabu.

2. Man kann die wichtige Rolle gar nicht genug betonen, die in den späten sechziger Jahren die Erneuerung, Änderung, Neudefinierung und Neuformung der progressiven Linken für die Bundesrepublik spielte. Dazu gehörte die intellektuelle Szene des Landes ebenso wie die Welt der Arbeiterbewegung und ganz sicher auch die umfassende Wandlung ihrer Beziehung zueinander. Darüber hinaus war die Etablierung der Grünen Partei als Folge von „1968“ und — das muß gegen den Alleinanspruch der 68er betont werden — auch als Folge der Neuen Sozialen Bewegungen ein weiterer wichtiger Faktor, der das Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeiterbewegung veränderte.

3. Im Laufe der achtziger Jahre nahm das Interesse der Intellektuellen an der Arbeiterbewegung ab. Dafür gibt es die verschiedensten Gründe; die politischen wurden bereits genannt. Komplexer verhält es sich allerdings, wenn man die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen untersucht. Man kann die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse sicherlich verschieden interpretieren, doch eines scheint man mit Sicherheit konstatieren zu können: Die traditionelle Arbeiterbewegung mit ihrer Kultur, mit ihren Lebensformen ist einem Schrumpfungsprozeß ausgesetzt. Wie man mit diesem objektiv zu konstatierenden Prozeß umgeht, hängt nicht zuletzt auch von dem wissenschaftlichen Ansatz ab, den man wählt. Man kann mit Harry Braverman argumentieren, daß die Angestellten der fortwährenden Proletarisierung ausgesetzt sind, so daß alle abhängig Arbeitenden sozusagen der Arbeiterklasse zugeschlagen werden können. Man kann aber auch mit Kern/Schumann argumen-

tieren und einen halbwegs stabilen Kern der Arbeiterklasse sehen, um den sich herum die weniger Qualif izierten gruppieren. Der Name Andre Gorz steht dagegen für einen dritten Ansatz kritischer Analyse, der nicht mehr an die „labour-metaphysics“ (C. Wright Mills) - selbst in seiner säkularisierten Form - glaubt.

4. Nicht zuletzt nach den Ereignissen in Osteuropa - insbesondere in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und in der ehemaligen DDR - müssen Gewerkschaften und Intellektuelle neu über das Verhältnis von Gerechtigkeit und Freiheit nachdenken. Die zentrale Frage nach der Gerechtigkeit wird ohne eine libertäre linke nicht zu beantworten sein.